

ver.di ist kein Fortschritt

Viele Kolleginnen denken inzwischen, schlimmer kann es sowieso nicht mehr kommen und haben ihren Widerstand gegen ver.di aufgegeben. Bei unserem Widerstand gegen ver.di haben wir die Verhältnisse in der ÖTV nie schön geredet. Aber es kann für uns keinen Zweifel geben, dass es für uns an der Basis in ver.di noch schwieriger sein wird unseren Willen und unsere Interessen gegen die Spitzenfunktionäre in den Vorstandsetagen durchzusetzen.

Wir brauchen demokratische Strukturen und eine Führung, die den Willen der Mitgliedschaft umsetzt. Mit der ÖTV waren wir meilenweit davon entfernt. Mit ver.di sind wir Lichtjahre davon entfernt. Es wird für uns noch schwieriger werden, den Kurs der Gewerkschaften zu ändern. Alle gewerkschaftspolitischen Vorgaben für ver.di laufen darauf hinaus, bisherige noch vorhandene positive Positionen zu begraben. Die von oben eingebrachten programmatischen Anträge an den ver.di-Gründungskongress bestätigen dies. Die Tinte der Netzwerkresolution „Rentenbetrug muss rückgängig gemacht werden“ war noch nicht trocken, da ließ der DAG-Vorsitzende und prädestiniertes Vorstandsmitglied von ver.di, Roland Issen, über die Börsen-Zeitung bekannt geben, dass die Gewerkschaften in das Geschäft mit Pensionsfonds einsteigen und dafür professionelle Fondsmanager einstellen wollen. Da muss doch jedem, der auch nur noch einen Funken gewerkschaftliches Bewusstsein hat, die Spucke wegbleiben. Der erste ordentliche Kongress von ver.di soll erst im Jahr 2003 stattfinden. 2 Jahre hätte die vereinte Vorstandsetage aus ÖTV, DAG, HBV, IG Medien und DPG Zeit um mit ihrer Politik neue Fakten zu schaffen.

Öffentlicher Dienst wird aufgegeben

In den letzten Jahren hat sich an der Basis mehr und mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass endlich Gegenwehr organisiert werden muss gegen Privatisierung, Liberalisierung und Ausstieg aus dem BAT. Dies kam auch in Anträgen auf dem letzten ÖTV-Gewerkschaftskongress zum Ausdruck. ver.di ist für die ÖTV-Führung ein Mittel um sich von diesem Druck zu befreien. Die geplante Auflösung des öffentlichen Dienstes in Fachbereiche zerschlägt die gewerkschaftlichen Diskussionszusammenhänge und Strukturen des öffentlichen Dien-

Kündigung von Manfred Engelhardt gescheitert

Das Studentenwerk Aachen versucht den langjährigen Personalratsvorsitzenden Manfred Engelhardt und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Personalräte der Studentenwerke in NRW mit allen Mitteln loszuwerden. Manni ist durch seinen erfolgreich organisierten Widerstand gegen Privatisierung, Rationalisierung und Stellenabbau der Landesregierung und den Studentenwerken ein Dorn im Auge. Zwei Kündigungen sind genau so wie der Antrag ihn aus dem Personalrat auszuschließen vor dem Verwaltungsgesicht vorerst auf ganzer Linie gescheitert. Die Unterstützung durch die Belegschaft und durch die ÖTV und besonders die Mobilisierung der Öffentlichkeit durch das Solidaritätskomitee gegen Arbeitgeberwillkür haben den Sieg möglich gemacht. Die Arbeitgeberseite ist in Berufung gegangen, aber wenn die Solidarität anhält wird Manni auch die nächste Instanz als Sieger verlassen.

stes. Im Moment erleben wir wie der Arbeiterbereich durch Privatisierung und Spartentarifverträge sturmreif geschossen wird. Damit verliert der öffentliche Dienst seine kampfstarken Bataillone. Der kampfschwächere Rest des öffentlichen Dienstes wird früher oder später unter massiven Beschuss kommen. Und das alles läuft ohne Widerstand der ÖTV-Führung, ja sogar mit ihrer Billigung oder sogar aktiven Unterstützung. Genauso wie Konzerne und Regierungen reden sie von der Notwendigkeit des Wettbewerbs und geben erkämpfte Standards kampflos auf. Die Zerschlagung des öffentlichen Dienstes in Fachbereiche ist ein enormes Hindernis für einen einheitlichen Kampf in Tarifrunden. Es verschafft Arbeitgebern und dem Hauptvorstand neue Möglichkeiten uns gegeneinander auszuspielen. Wir müssen uns alle Möglichkeiten wie Einfluss auf Tarifforderungen, Rückkopplung über Verhandlungsergebnisse usw. neu erkämpfen. Das Schlichtungsabkommen wurde jetzt gekündigt, aber nur um sofort ein neues – womöglich noch schlechteres – auszumuscheln.

ver.di benötigt noch stärkere Opposition

Falls es zur Gründung von ver.di kommt, ist der Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition nötiger denn je. Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ötv“ wird sich deshalb nicht auflösen, wenn ver.di beschlossen wird. Wir werden weiter für die Verteidigung und den Ausbau des öffentlichen Dienstes und die in unserer Plattform beschlossenen Forderungen kämpfen. Wir werden unsere Oppositionsarbeit fortsetzen und die Zusammenarbeit mit allen oppositionellen Kolleginnen und Kollegen für eine kämpferische und demokratische ver.di anstreben. Wie wir das am besten machen können, werden wir bei unserem nächsten bundesweiten Treffen am 9. Juni in Köln diskutieren.

Das Netzwerk im Internet: www.freebox.com/netzwerk

Einladung zum bundesweiten Treffen

am Samstag, den 9. Juni 2001
in Köln, Bürgerzentrum Deutz, Tempelstr. 41, Nähe Bahnhof Deutz
von 10.30 bis 18.00 Uhr

Als Tagesordnung schlägt der Sprecherrat vor:

1. Bilanz des ÖTV-Kongresses und ver.di-Gründungskongresses

– wie weiter mit unserem Netzwerk

Der Kollege Manfred Engelhardt berichtet von den Kongressen

2. Kampf gegen Privatisierung und Ausstieg aus dem BAT

Kolleginnen aus Krankenhäusern, ÖPNV und Studentenwerk berichten

3. Sonstige Berichte aus Betrieben und Gliederungen

u.a. Betriebsratswahlen bei RGE-Servicegesellschaft mbh Essen

4. Demo gegen den EU-Gipfel in Göteborg am 16. Juni

In Nizza haben 100.000 GewerkschafterInnen und Jugendliche gegen das Europa der Banken und Konzerne demonstriert. In Göteborg sollen weitere Liberalisierungen und Deregulierungen auf unsere Kosten beschlossen werden. Deshalb müssen wir im Vorfeld innergewerkschaftlich Druck machen, dass die Gewerkschaften für Göteborg mobilisieren. Bei unserem Treffen wollen wir nochmal auf die Bedeutung hinweisen und über unsere Beteiligung und Rückberichterstattung diskutieren.

5. Organisatorisches

Alle Kolleginnen und Kollegen, die Ergänzungen für die Tagesordnung haben oder unter Punkt 3 Berichte abgeben wollen, sind aufgefordert dies möglichst vor dem Treffen mitzuteilen.

Resolution des Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ötv

Der Rentenbetrug muss rückgängig gemacht werden!

Aufbau innergewerkschaftlicher Opposition nötiger denn je

“Zur Darstellung unserer Kritik und zur Durchsetzung unserer Forderungen zur Rentenreform organisiert die Gewerkschaft ÖTV unverzüglich in allen Landesbezirken Demonstrationen. Die Rede von Bundeskanzler Schröder auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV am 5.11. 2000 machte deutlich, dass im Rahmen der Anhörung zur Rentengesetzgebung Argumente keinen Erfolg mehr haben werden. Mit deutlichen Worten wie “Basta” beschrieb Bundeskanzler Schröder seiner Haltung. Darauf antworten wir mit “Avanti” und gehen auf die Straße.”

(Beschluss des ÖTV-Gewerkschaftstages Nov. 2000)

Weiter wurde auf dem letzten Gewerkschaftstag beschlossen:

- “Keine Privatisierung der Alterssicherung (z.B. Pensionsfonds)” (Antrag C3)
- “Die Gewerkschaft ÖTV lehnt die Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung strikt ab.” (Antrag 47-0)
- “dass Langzeitarbeitslose mit dem 60. Lebensjahr ohne Abschlag in Rente gehen können” (Antrag K62)

Auch alle anderen Anträge zur Renten- und Sozialpolitik stehen in direktem Gegensatz zum Rentengesetz der Schröder-Regierung. Trotzdem hat der neue ÖTV-Vorsitzende Bsirske zusammen mit den Vorsitzenden der IGM, IG BCE und des DGB bei einem Treffen mit Regierungsvertretern für Riesters nur leicht korrigierte Rentenpläne grünes Licht gegeben. Sie taten dies ohne demokratische Legitimation und warfen dabei gewerkschaftspolitische Grundsätze und Beschlüsse über Bord. Frank Bsirske folgt damit der Tradition von Herbert Mai, unter dessen Führung sich der ÖTV-Hauptvorstand u.a. in der letzten Tarifrunde über ein eindeutiges Votum von 76,2% für Streik hinweggesetzt hat.

Es steht außer Frage, dass die Korrekturen am Rentengesetz aufgrund der betrieblichen Proteste und Demonstrationen von Oktober bis Dezember erfolgt sind. Diese Proteste wurden auf Initiative von Betriebsräten und Vertrauensleuten in den Betrieben organisiert und nicht durch die Gewerkschaftsführung. Die Reaktion der Regierung auf diese begrenzten Proteste zeigt, dass die Rentenpläne durch eine entschlossene Mobilisierung der Gewerkschaftsbasis, durch Diskussionen in den Betrieben, Großdemonstrationen und bundesweite Arbeitsniederlegungen in allen Branchen vom Kabinetttisch hätten gefegt werden können.

Es kann keine Rede davon sein, dass die Regierung mit dem endgültigen Gesetz wesentliche Zugeständnisse an die RentnerInnen und ArbeitnehmerInnen gemacht hat. Im Kern hat es keine Änderung gegeben. Es gibt lediglich eine zeitliche Streckung bzw. eine Verschiebung der Lasten zwischen den Generationen zuungunsten der heutigen RentnerInnengeneration. Es bleibt bei einer Absenkung der Renten auf das von Blüm angestrebte Niveau, das von der SPD

damals als “unanständig” kritisiert wurde. Es bleibt dabei, dass die Unternehmer aus der paritätischen Finanzierung der Rentenbeiträge entlassen werden. Und nach wie vor müssen wir gezwungenermaßen eine private Zusatzversicherung abschließen. Die Renditen dieser Privatversicherung kann niemand anders erarbeiten als die ArbeitnehmerInnen. Diese Renditen können nur erzielt werden, indem Versicherungskonzerne und Banken noch mehr Profit aus unserer Arbeit ziehen und selbst dabei den Großteil für sich kassieren. Durch Pleiten von Versicherungsunternehmen und Börsencrashes besteht die reale Gefahr, dass sich die private Zusatzrente in Luft auflöst. Für den öffentlichen Dienst führen die Kapitalsummen der privaten Pensionsfonds (80 Milliarden Mark im Jahr 2008) zu einem erhöhten Privatisierungsdruck. Hinzu kommt, dass Frauen bei den Privatrenten besonders benachteiligt sind und auch durch die Kürzungen bei der Hinterbliebenenrente die Verliererinnen sind.

Es bleibt dabei, dass das Rentengesetz Altersarmut für die Masse vorprogrammiert und Unternehmer um Milliarden reicher macht. Der Versuch von Regierung und Gewerkschaftsführung, das endgültige Gesetz als große Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Entwurf zu verkaufen, ist reine Zahlentrickserei. Für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst kommt erschwerend hinzu, dass die ÖTV-Führung in der letzten Tarifrunde den Arbeitgebern die Zusatzversorgung ihrem Angriff preisgegeben hat. Durch Ausgliederungen, Privatisierungen und Tariffucht verlieren immer mehr Kolleginnen und Kollegen ihren Anspruch auf die Zusatzversorgung.

Die Arbeitsniederlegungen in vielen Betrieben und zahlreiche lokale Protestversammlungen von Oktober bis Mitte Dezember 2000 wie auch der Beschluss des ÖTV-Gewerkschaftstages in allen Landesbezirken Demonstrationen durchzuführen, zeigen, dass die Kampfbereitschaft zur Verteidigung der erkämpften Standards bei der Rente vorhanden war. Die Gewerkschaftsspitze hat diese Kampfbereitschaft durch einen Kniefall vor dem Finanzkapital und der prokapitalistischen Politik der Schröder-Regierung ungenutzt gelassen. Anstatt auf die Straße zu gehen gegen eine Regierung, die Kapitalinteressen vertritt, haben Frank Bsirske und seine Kollegen in den Vorstandsetagen der Gewerkschaften es vorgezogen Regierungsvertretern bei einem vornehmen Mittagessen Rückendeckung für ihre arbeitnehmerfeindliche Politik zu versprechen. Nach Presseberichten erklärte DGB-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer am 12.1.2001: “Die Gewerkschaften tragen dieses Konzept mit. Es soll so beschlossen werden, und wer das verhindern will, kriegt es mit den Gewerkschaften zu tun.” Wir betrachten diese Äußerung als Kampfansage an die innergewerkschaftliche Opposition gegen den Rentenkompromiss.

Wir fühlen uns durch diese Aussage und den Ausverkauf bei den Renten darin bestätigt, den Kampf gegen eine Führung aufzunehmen, die meilenweit entfernt ist von den Mitgliederinteressen. Wir brauchen eine programmatische und personelle Alternative zu den Modernisierern und privilegierten Funktionären, die uns weismachen wollen, das es in dieser Gesellschaft keinen Klassengegensatz mehr gäbe und die Gewerkschaften nicht mehr Kampforganisationen sein müssten. Wir brauchen die Herstellung innergewerkschaftlicher Demokratie. Wir fühlen uns auch bestätigt in unserer Ablehnung zu ver.di. Denn nicht durch Fusionen und den Umbau der Gewerkschaften zu Dienstleistungsbetrieben (Verkauf von privaten Zusatzrenten eingeschlossen) wird die Gewerkschaftsbewegung gestärkt, sondern durch entschlossenen Kampf gegen Renten- und Lohnabbau, gegen Privatisierung und Arbeitsplatzvernichtung und gegen Sozialabbau. Der Zustand der Gewerkschaften wird auch dadurch beleuchtet, dass in einer Zeit, in der die Gewerkschaften durch Massenmobilisierung auf sich aufmerksam machen müssten, die ÖTV damit Schlagzeilen macht, dass der ehemalige Vorsitzender Herbert Mai offen das Lager wechselt mit einem mit einer halben Million DM Jahreseinkommen dotierten Vorstandsposten bei der Flughafen AG Frankfurt.

Wir fordern:

- Rücknahme aller von der Kohl- und Schröder-Regierung durchgeführten Verschlechterungen bei den Renten.
- Nein zur Privatisierung der Renten. Schluss mit Werbekampagnen für den Abschluss einer ÖTV-Rente.
- Keine Verschlechterungen bei der Zusatzversorgung und Verteidigung durch entschlossenen Kampf gegen Privatisierung und Tariffucht.
- Eine Rentenreform im Interesse der Bevölkerung. Kernpunkt einer solchen Reform muss sein: Absenkung des Renteneintrittsalters auf 58 Jahre (auf freiwilliger Basis für die Beschäftigten) ohne Rentenabzug; eine Rente von 80% des letzten Nettolohns bzw. 2.000 DM Mindestrente für alle Frauen und Männer.
- Finanzierung der Defizite in den Rentenkassen über Steuern bei den Unternehmern. Die Löcher in den Sozialkassen sind durch Arbeitsplatzvernichtung und Absenkung des Lohnniveaus verursacht.
- Sofortiger Ausstieg der ÖTV und aller anderen DGB-Gewerkschaften aus dem “Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit”
- Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zu politischen Streiks gegen Umverteilungspolitik und Sozialabbau.
- Demokratische und kämpferische Gewerkschaften. Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre. Begrenzung der Gehälter von Gewerkschaftsfunktionären auf den Durchschnittslohn der Mitgliedschaft.

Kontaktadressen des Netzwerks:

E-mail: netzwerk_kdoetv@gmx.de – **Steffi Nitschke**, Tel. 0561/899764 oder steffi.ni@gmx.de – **Alois Skrbina**, Tel. 0201/2799210 oder AloisSkrbina@aol.com

Beschluss des bundesweiten Treffens des „Netzwerks für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ vom 27. 5. 2000

Nein zu ver.di

Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften

Die Gewerkschaften befinden sich in einer tiefen politischen Krise. Die jüngste Aussage des DGB-Vorsitzenden Schulte zur 50-Stunden-Woche ist ein bezeichnender Ausdruck davon, dass die heutigen Gewerkschaftsführer nicht mehr für das stehen, wofür die Gewerkschaften einst gegründet wurden. Schulte, Mai, Zwickel und Co. haben in allen entscheidenden Fragen vor den Unternehmern und ihren Politikern kapituliert. Deutschland rangiert in der europäischen Streikstatistik inzwischen vor Österreich und der Schweiz an drittletzter Stelle.

Durch ihre Spitzengehälter sind die heutigen Gewerkschaftsführer näher am Lebensstandard eines kapitalistischen Manager und meilenweit entfernt von einem Normalverdiener. Die Entfremdung zwischen Führung und Basis ist heute größer denn je. Und die politische Verwirrung und Ratlosigkeit innerhalb der Gewerkschaften so groß wie nie. Massive Mitgliederverluste und sinkender Organisationsgrad sind die Folge. Gleichzeitig gibt es enorme Unzufriedenheit über den wachsenden Gegensatz zwischen arm und reich. Zurecht entwickelt sich Wut auf die Schröder-Regierung, die ihre Regierungübernahme Gewerkschaftsmitgliedern zu verdanken hat und jetzt Politik gegen uns macht. Die Unzufriedenheit und wachsende Wut über die Zustände in den Betrieben und in der Gesellschaft schreien nach einem radikalen Kurswechsel der Gewerkschaften. Gewerkschaften müssen vom unversöhnlichen Interessengegensatz zwischen Unternehmern und abhängig Beschäftigten ausgehen. Sie müssen die vorhandene Kampfkraft einsetzen, um die Angriffe der Unternehmer und ihrer Regierung zurückzuschlagen und für Verbesserungen kämpfen. Sie müssen in diesem Kampf das Ziel vor Augen haben die Diktatur der Banken und Konzerne, des Marktes und der Profitwirtschaft zu beseitigen. Diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, müssen auch darüber bestimmen, wie er verwendet bzw. verteilt wird.

ver.di – ein bürokratisches Projekt

Die seit einigen Jahren stattfindenden Gewerkschaftsfusionen sind kein Weg die bestehende Krise der Gewerkschaften zu lösen. Sie sind eine bürokratische Antwort auf die Finanzprobleme, die durch die Mitgliederverluste zustande kommen. Gleichzeitig soll der Charakter und die Strukturen der betroffenen DGB-Gewerkschaften der Politik der Gewerkschaftsführung angepasst werden. Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ hat deshalb von Anfang an die Fusion zu einer Dienstleistungsgesellschaft abgelehnt. Der einzige Antrag beim ÖTV-Kongress 1999, der die ver.di-Fusion explizit ablehnte kam aus Kassel und geht auf die Arbeit der „Netzwerk“-Opposition zurück.

Die bisherigen Ergebnisse der Fusionsverhandlungen haben unsere ablehnende Haltung bestärkt:

- Alle gewerkschaftspolitischen Vorgaben für ver.di laufen darauf hinaus, bisherige gewerkschaftlichen Positionen zu begraben. Die Gewerkschaft will nicht mehr Gegenmacht sein, sondern „Mitgestaltungsorganisation“. Der öffentliche Dienst wird nicht mehr verteidigt. Privatisierung nicht mehr abgelehnt.
- Wenn es um die Bündelung der Kräfte geht, wie war es dann in dieser Tarifrunde möglich, dass die DAG bei den Banken einen Billigabschluss mit Einführung von Samstagarbeit macht und die HBV diesen Abschluss übernimmt, obwohl ihn 60% der Mitglieder ablehnten? In den letzten Tarifrunden wurden die Kräfte von der Führung bewusst nicht genutzt, sondern mit der Bündnis-Vereinbarung mit den Arbeitgebern lahmgelegt. Überall erleben wir, wie unser Funktionäre mit den Arbeitgebern und Regierungen hinter den Kulissen Absprachen und Vereinbarungen gegen unsere Interessen abschließen. Mit ver.di werden sie dafür noch bessere Bedingungen haben.
- Die Fusion ist völlig undemokratisch. Entgegen dem Beschluss des Gewerkschaftstages von 1996 hat der ÖTV-Vorstand die Fusionsverhandlungen begonnen und die Mitgliedschaft und Gremien vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Eckpunkte des Zielmodells für den Aufbau von ver.di machen deutlich, dass die Gewerkschaftsspitzen die letzten Reste von Einflussnahme der Basis und innergewerkschaftlichen Demokratie beseitigen wollen. Die unterste offizielle Ebene soll der Bezirk sein (ab 25.000 Mitglieder). Betriebsgruppen, Ortsvereine und Vertrauensleutestrukturen können eingerichtet werden; ihre finanzielle Ausstattung und ihre gewerkschaftspolitischen Rechte sind jedoch nicht klar definiert und daher in stärkerem Maße von übergeordneten Strukturen abhängig. Das Antragsrecht der Basis wird beschnitten. Der Gewerkschaftstag soll auf 1000 Delegierte beschränkt sein und nur noch alle fünf Jahre tagen. Die Position hauptamtlicher Funktionäre wird gegenüber Ehrenamtlichen gestärkt. Die Basis bekommt noch weniger

Wahlrechte und Einflussnahme auf die Tarifpolitik.

● Die Kontroversen um die Strukturen sind einerseits Ausdruck der Opposition gegen den undemokratischen Charakter von ver.di. Auf der anderen Seite widerspiegeln sie auch den Konkurrenzkampf von Funktionären untereinander um ihre Machtpositionen und Privilegien. Das zeigt, dass ver.di kein Projekt zum Abbau von Konkurrenz und zur Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft ist, sondern die Konkurrenz der Apparate untereinander sogar verschärft.

● Durch die Fusion mit der DAG wird diese aufgewertet. Ihre stärker bürokratisch geprägten Traditionen werden von der ver.di-Führung als Gegengewicht zur eher kämpferisch orientierten Basis der bisherigen DGB-Gewerkschaften eingesetzt werden können. Dazu kommt auch durch die DAG ein Verschärfung der zwischengewerkschaftlichen Konkurrenz: in Industriebetrieben (z. B. in der Metallindustrie) ist die DAG heute als kleinere, angepasste Gewerkschaft ein Gegengewicht zur IG Metall. Mit ihrer Einbeziehung in ver.di stehen dann in vielen Industriebetrieben zwei DGB-Gewerkschaften im Konkurrenzverhältnis.

● Mit ver.di sollen die Gewerkschaft ihren Schwerpunkt noch mehr in Richtung Service-Anbieter für Mitglieder verlagert werden. Der Kampf für Realloohnerhöhungen soll ersetzt werden durch vorteilhaften Einkauf bei Partnerfirmen. Statt die Rentenpolitik von Kohl und Schröder zu bekämpfen, bombardieren die Gewerkschaften ihre Mitglieder mit der Aufforderung über ihren Mitgliederservice eine private Rentenversicherung abzuschließen. Statt Kampforganisation sollen die Gewerkschaften eine Art ADAC für Arbeitnehmer sein.

ver.di verhindern

Das „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ÖTV“ geht davon aus, dass es durch ver.di schwieriger wird, den Kurs der Gewerkschaften zu ändern und ruft deshalb alle Mitglieder und Delegierten auf, die Auflösung der bestehenden Einzelgewerkschaften und die Gründung von ver.di abzulehnen und alles dafür zu tun, dass dieses bürokratische Projekt scheitert. Aber es reicht nicht gegen ver.di zu sein. Die Krise der Gewerkschaften muss überwunden werden. Und das kann nur durch eine radikale Kursänderung erreicht werden. Gewerkschaften müssen Kampforganisationen sein, die die Konkurrenz der Lohnabhängigen überwinden. Sie müssen kollektiv und mit offensiven Forderungen und Kampfmaßnahmen die Interessen der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien gegen Arbeitgeber und ihre Regierungen verteidigen. Um dies zu erreichen, müssen wir innergewerkschaftlich den Kampf gegen die Drahtzieher der Fusion und die Karrieristen aufnehmen.

Dafür kämpfen wir:

- ★ Nein zu ver.di.
- ★ Einheit aller DGB-Gewerkschaften im Kampf gegen Unternehmer und Regierung, in der Tarifrunde und bei anderen Fragen. Demokratische Diskussion und Entscheidung über Zugehörigkeit zu einer Branchengewerkschaft und Einhaltung des Prinzips „ein Betrieb – eine Gewerkschaft“. Organisierung von gewerkschaftsübergreifenden Vertrauensleute- und Funktionärskonferenzen zur Koordinierung von Kämpfen.
- ★ Verteidigung des BAT und aller anderen Flächentarifverträge und Kampf gegen jedes Unterlaufen und für Wiedereingliederung ausgescherter Bereiche und Betriebe. Tarifeinheit für Ost und West, Abschaffung der Tarifverträge Ost.
- ★ Ausstieg aus dem „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ und stattdessen Organisierung eines Bündnisses von Gewerkschaften, Arbeitslosen-Initiativen und anderen Organisationen sozialer Bewegungen für einen gemeinsamen Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung, Privatisierung, Deregulierung, Lohnraub und Sozialabbau.
- ★ Konsequente Gegenwehr gegen alle Angriffe durch Mobilisierung der Mitglieder, auch durch Einsatz von politischen Streiks und dem Mittel des Generalstreiks.
- ★ Schluss mit marktwirtschaftlichen Managementmethoden im Gewerkschaftsapparat. Stattdessen Demokratisierung der Gewerkschaften.
- ★ Wähl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Gewerkschaftsfunktionäre und jederzeitige Rechenschaftspflicht.
- ★ Begrenzung der Einkommen von hauptamtlichen Funktionären auf das durchschnittliche Einkommen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.
- ★ Kein Abbau von Arbeitsplätzen bei den Gewerkschaften. Keine Auflösung von Verwaltungsstellen.
- ★ Gläserne Tarifverhandlungen. Die Mitglieder müssen zu jedem Zeitpunkt wissen was läuft. Keine Unterschrift unter einen Tarifvertrag ohne mehrheitliche Zustimmung der Mitgliedschaft per Urabstimmung.
- ★ Mitgliederwerbung auf der Grundlage von offensiven Kämpfen und nicht mit millionenschweren Werbekampagnen, Werbeschenken und Köderung mit Serviceleistungen.
- ★ Volle Mitgliedsrechte für Arbeitslose. Eintrittsmöglichkeit für Arbeitslose in alle Gewerkschaften.